

BBU-Pressemitteilung  
11.07.2016

## Anti-Atomkraft-Initiativen blockieren Uranfabrik in Gronau

Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) unterstreicht die Notwendigkeit der sofortigen Stilllegung der bundesweit einzigen Urananreicherungsanlage in Gronau (Westfalen).

Nachdem NRW-Umweltminister Johannes Remmel in der letzten Woche erneut von Bundesumweltministerin Barbara Hendricks die Stilllegung der Gronauer Uranfabrik gefordert hat, haben heute Anti-Atomkraft-Initiativen mit einer Blockade der Anlage begonnen. Zwischenzeitlich wurden mindestens 2 Personen festgenommen und eine Hundertschaft soll auf dem Weg zur Uranfabrik sein.

Der BBU bezeichnet es als absurd, dass in Gronau weiterhin Uran für den Betrieb in Atomkraftwerken in aller Welt vorbereitet werden soll. Der Verband verweist auf wiederholte Störfälle in der Anlage und auf große Atommüllmengen, die beim Betrieb der Anlage anfallen. Der BBU ist der Auffassung, dass das Land NRW die Anlage auch eigenständig ohne die Zustimmung der Bundesumweltministerin stilllegen kann. Da das Land in der Vergangenheit wiederholt den Ausbau der Anlage befürwortet und genehmigt hat, sieht der BBU jetzt auch das Land NRW in der Pflicht, einen konkreten Stilllegungsplan zu präsentieren, der auch die Schaffung alternativer Arbeitsplätze für die Belegschaft beinhaltet.

<http://bbu-online.de>

+++++

Folgend zur Dokumentation die Pressemitteilung der BlockiererInnen der Urananreicherungsanlage:

### Pressemitteilung

Kein Vertrauen in Umweltminister\*innen - Urananreicherungsanlage Gronau blockiert

Seit Montag früh blockieren Aktivist\*innen aus dem Aktionsbündnis Münsterland gegen Atomanlagen und ContrAtom die Urananreicherungsanlage in Gronau. Mithilfe zweier Tripods (dreibeinigen Holzgestellen) auf der Hauptzufahrt, sowie zweier Kletterer\*innen über der rückseitigen Einfahrt wird die Anlage dichtgemacht. Ziel ist es, den „Atomausstieg“ wirklich umzusetzen und alle Atomanlagen stillzulegen.

Die Uranfabriken in Gronau und Lingen haben eine unbefristete Betriebsgenehmigung und sind nicht vom Atomausstieg betroffen – darauf weisen

Umweltaktivist\*innen schon seit Jahren hin. Der Großteil der dort produzierten Brennstoffe wird exportiert und versorgt Atomkraftwerke weltweit, auch die zuletzt häufiger in die Kritik geratenen Reaktoren in Belgien und Frankreich. Da beruhigt es die Aktivist\*innen wenig, dass auf der Umweltminister\*innen Konferenz plötzlich über die Stilllegung dieser Anlagen diskutiert wird. „Dabei ist den Worten von Politiker\*innen nicht zu trauen. Auch die Regierung in NRW weigert sich seit Jahren, die Stilllegung der Urananreicherungsanlage in Angriff zu nehmen und redet sich mit „Rechtssicherheit“ raus. Deshalb nehmen wir das selbst in die Hand und legen die Anlage still.“ erklärt Johannes die jetzige Blockade.

Produktion von Strom mittels fossilen Energien, egal ob Uran, Kohle oder Erdgas, sollte dem vergangenen Jahrhundert angehören. Es ist längst klar, dass es so nicht weiter geht ohne massive Zerstörung von Lebensräumen für Menschen und Tiere. Die Ausbeutung dieser Energieträger geschieht dabei in kolonialistischer Art. Die Menschen in den Gebieten, wo die Rohstoffe abgebaut werden, profitieren davon nicht. Das meiste Uran wird in Kasachstan, Australien, Kanada und Namibia auf dem Gebiet von Indigenen abgebaut, die unter der Umweltzerstörung leiden, während die Profite hier gemacht werden.

„Wir sind gekommen um zu bleiben“ steht auf einem Transparent – auch um zu zeigen, dass die Aktivist\*innen es ernst meinen. Dienstag Abend um 18 Uhr wird es vor der Haupteinfahrt eine Veranstaltung zur aktuellen Atomkraft-Situation im Münsterland geben. Interessierte sind herzlich eingeladen, zu kommen und mitzudiskutieren.